

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Auf dem Wege zur landwirtschaftlichen Selbstversorgung der Schweiz. / Ist die Erhöhung der öffentlichen Besoldungen dringlich? / Nachlese zu den beiden Bundesratswahlen vom 10. Dezember 1940. / Englische Bombenabwürfe auf Basel und Zürich

Es erfolgt ein Szenenwechsel. Kaum sind alle Amtsstuben und Zeitungen mit Projekten der Arbeitsbeschaffung angefüllt gewesen, kaum hat die eidgenössische Kommission sich über die auszuführenden Vorhaben schlüssig gemacht, kaum sind die Parteien mit Pathos für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingetreten, so merkt man plötzlich, daß eigentlich ja gar keine Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil ein Mangel an Arbeitskräften herrscht. Dieser Mangel rührt daher, daß sich infolge des Krieges die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln sehr verschlechtert hat und unser Land gezwungen ist, seinen Bedarf aus dem eigenen Boden zu decken. Das erheischt eine starke Konzentration der Arbeitskräfte auf die Landwirtschaft, die mit dem bisherigen Bestande bei weitem nicht auskommt. Bei dem Szenenwechsel geht also ein Einsatz der Arbeiter an anderer Stelle vorstatten. Während man bisher stets darauf bedacht war, für das Baugewerbe und die Exportindustrie Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, soll nun auf einmal die Landwirtschaft alle verfügbaren Kräfte an sich ziehen. Da jedermann das Hemd näher liegt als der Rock, also die Nahrung näher als das Bauen, ist diese Wendung der Dinge begreiflich. Wir werden dabei den Leitern unserer Kriegswirtschaft nicht einmal allzu scharfe Vorwürfe machen dürfen wegen Mangels an Voraussicht, denn wer konnte schließlich eine solche Abschnürung der Zufuhren vorahnen, wie sie jetzt eingetreten ist, und wer liebäugelte nicht mit dem Gedanken, daß man sich nicht mehr einschränken wolle, als unbedingt nötig sei? Gegenüber den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprojekten erscheint nun das, was auf dem Gebiete der Landwirtschaft bevorsteht, als eine deutliche Einstellung auf die Kriegswirtschaft. „Der Grundsatz“, so schrieb die NZZ. im Rückblick auf die bisherige Haltung (Nr. 1451/1940) richtig, „dürfte bei den zuständigen Stellen maßgebend gewesen sein, dem Volk so wenig Entbehrungen als möglich aufzuerlegen und nur dort zu intervenieren, wo in absehbarer Zeit Mangelercheinungen zu befürchten waren.“

Nicht daß etwa bisher für die Selbstversorgung der Schweiz mit bäuerlichen Produkten nichts getan worden wäre! Schon für das Erntejahr 1940/41 mußten 12 500 Hektaren Wiesland in Ackerland umgebrochen werden. Aber dieser erste Schritt genügt bei weitem nicht, da sich die heutige Situation folgendermaßen darstellt: Laut einer Berechnung von Dr. F. L. Wahlen, dem Chef der Sektion für landwirtschaftliche Produktion beim eidgenössischen Kriegsernährungsamt, sind zur Deckung des Brotbedarfes bei einer Ration von 250 Gramm Brot pro Tag, dem 10 % Kartoffeln beigemischt sind, rund 210 000 Hektaren Getreide nötig, ferner zur Deckung des Bedarfes an Mehl und Gries, für die Teigwarenfabrikation und einen teilweisen Reiserfatz noch weitere 36 000 Hektaren. Demgegenüber ist den statistischen Mitteilungen „Die Volkswirtschaft“ (Oktober 1940), im Besonderen einem Artikel über „Der Ackerbau im Jahre 1940“ zu entnehmen, daß die gesamte Getreidebaufläche bloß 138 258 Hektaren — gegenüber 116 606 Hektaren im Jahre 1934 — betrage. Dabei fällt auf, daß der Brotgetreidebau des laufenden Jahres noch mit 8,4 % hinter dem-

jenigen des Vorjahres zurückblieb. Was den Kartoffelbau anbelangt, so werden derzeit 49 534 Hektaren Kartoffeläcker gezählt, während Dr. Wahlen 63 000 Hektaren für erforderlich hält. (Der Chef der Landwirtschaftsabteilung, Dr. Feißt, hat in St. Gallen höhere Zahlen genannt, die nicht ohne weiteres als notwendig einleuchten). Auf jeden Fall dürfte das Vorhaben, unser Land durch sich selbst mit Getreide und Kartoffeln versorgen zu lassen, einer außergewöhnlichen Anstrengung, einer eigentlichen „Unbauschlacht“ rufen, wie sie Dr. Wahlen in seinem denkwürdigen Zürcher Vortrag vom 15. November jüngsthin skizzierte. Diese „Unbauschlacht“ kann natürlich nur von Erfolg begleitet sein, wenn die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte — wie es heißt — „um die Zehntausende“ vermehrt werden, so daß an die Stelle der erwarteten Arbeitslosigkeit ganz sicher ein Mangel an Arbeitskräften tritt. Bereits ist davon die Rede, daß die Armee mithelfen solle, aber auch die Jugend wird wie in der Mobilisationszeit und im Heuet wieder aufgerufen, und selbst aus der Industrie sollen die Fähigen herangezogen werden, um die jetzigen 212 500 Hektaren offenes Ackerland auf nahezu das Doppelte zu vermehren.

Zu dem großzügigen Programm von Dr. Wahlen seien immerhin noch einige Bemerkungen angebracht: Es hat einmal durch sein unvorhergesehenes Erscheinen und durch seinen Umfang überrascht. Dem Laien will es nicht so recht in den Sinn, daß sich sozusagen plötzlich eine solche Umwälzung in der Kriegswirtschaft als notwendig erweise. Es bestehen nun zwei Möglichkeiten: entweder geht das Programm zu weit oder das Programm kommt zu spät. Wir möchten eher das erste annehmen. Die Voraussetzung des Planes lautet nämlich dahin, daß mit einem völligen Stocken der Zufuhren aus dem Auslande zu rechnen sei, daß sich also die Schweiz gänzlich selber versorgen müsse. So sehr diese Annahme der klugen Voraussicht entspricht, wie sie etwa Dr. C. Koechlin vor dem Basler Handels- und Industrieverein geäußert hat: „Wir müssen einen Plan auf lange Sicht aufstellen und uns mit den Einschränkungen abfinden, die ein Durchhalten erfordert“, — so dürfte doch der angenommene Fall unwahrscheinlich eintreten. Die bundesrätliche Zurückhaltung dem Programm gegenüber — Bundesrat Stampfli erklärte: „Das Projekt Wahlen ist sein persönliches Programm“ — und die vorläufige Beschränkung auf den Umbruch von weiteren 50 000 Hektaren scheinen darauf hinzuweisen, daß man auch im Bundeshaufe keinen Grund sieht, etwas zu überstürzen. Nichtsdestoweniger reden wir straffen Vorkerungen im Rahmen eines großzügigen Programmes das Wort.

* * *

„Frisch gewagt, ist halb gewonnen!“ — denken der Zürcher Regierungsrat und der Zürcher Stadtrat. Darum benützen sie den heutigen Zeitpunkt einer gewissen Teuerung, um die Besoldungsordnungen zu revidieren und die Gehälter den erhöhten Lebenskosten „anzupassen“. Beim Kanton bestand bisher noch ein Lohnabbau von 5 %; dieser Gehaltsabbau soll nun auf den 1. Januar 1941 verschwinden. An Mehrausgaben macht das im Jahr Fr. 1 680 000 aus, die Kosten der gleichzeitigen Pensionenerhöhung nicht eingerechnet. Ferner erheischt die Revision der Besoldungsverordnung weitere Fr. 400 000.—. Bei der Stadt Zürich geht man noch weiter: Mehrausgaben von 3,1 Millionen Franken sind für die städtischen Gehälter vorgesehen, also rund 15 Steuerprozente. Natürlich hält man auch beim Bunde nicht zurück: Der geltende Abbausatz von durchschnittlich 7,7 % ermöglicht zurzeit Einsparungen von jährlich etwa 28 Millionen Franken. Eine Milderung dieses Abbaues auf durchschnittlich 5,8 % ist vom Volk im Dezember 1939 abgelehnt worden. Die schon im Sommer (!) eingereichten Begehren der Personalverbände tendieren auf einen Ausgleich der Teuerung im Ausmaße von ungefähr 10 %. So würde dem Bunde

also statt einer Ersparnis künftighin sogar eine Mehrausgabe erwachsen. Vorläufig hat nun das Bundespersonal auf Weihnachten einmalige Familien- und Kinderzulagen erhalten, die insgesamt eine Aufwendung von 4,75 Millionen Franken erforderten.

Frägt man nach den Gründen dieser Maßnahmen — der Zürcher Regierungsrat meldet, daß auch in den Kantonen Bern, Luzern, Solothurn und St. Gallen Zulagen gewährt worden seien, und daß der Lohnabbau ganz oder teilweise rückgängig gemacht worden sei in den Kantonen Freiburg, Appenzell J.-Rh., St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin und Neuenburg, sowie in der Stadt St. Gallen — fragt man also nach den Gründen dieser Maßnahmen, so hört man ungefähr überall das gleiche wie beim Zürcher Regierungsrat: „Seit her (seit dem Frühling) sind die Kosten der Lebenshaltung weiter gestiegen, so daß sie im Haushalt von Leuten mit festem Gehalt empfindlich spürbar geworden sind. Der Argumentation der Personalverbände, daß sich bei den unteren Beamten und Angestellten wegen der Teuerung eine gewisse Notlage bemerkbar mache, konnte die Berechtigung nicht abgesprochen werden.“ Wie verhält es sich damit? Die Zürcher kantonalen Besoldungen basieren, um ein Beispiel anzuführen, auf den Lebenskosten des Jahres 1924. Damals stand der Index für die Stadt auf 171 %, heute steht er auf 160 %. Tatsache ist somit, daß wir bei noch 11 % Lebensverbilligung heute den Beamten nur 5 % Gehaltsabbau zuzumuten. Indem nun wieder die vollen Löhne von ehemals ausgerichtet werden sollen, stellten sich die Beamten effektiv um 11 % besser, als die Besoldungsverordnung sie stellen wollte. Wenn nun trotzdem erklärtermaßen die Teuerung empfindlich spürbar geworden ist in den Beamtenfamilien, so bedeutet das nichts anderes, als daß sich diese Beamten zufolge ungenügender Senkung der Gehälter bei der Lebenskostenverringerung der letzten zehn Jahre an einen höheren Reallohn gewöhnt haben, und nun darnach streben, sich diesen zu erhalten trotz der Teuerung. Tatsächlich bietet der Index gar keinen Grund zum Gehaltsaufbau.

Die ganze Angelegenheit mit den öffentlichen Besoldungen läßt sich demnach unter dem Gesichtspunkt betrachten, den ich schon früher einmal als für viele Mitbürger begleitend skizziert habe: „Leben als ob nicht Krieg wäre!“ Von diesen Leuten wird grundsätzlich nichts auf sich genommen. Sie beanspruchen in der heutigen Zeit nichts Geringeres als einen höheren Reallohn! Und zwar wohlverstanden einen höheren Reallohn bei sehr ansehnlichen, ja reichlichen Lohnansätzen! Da hat der „Bund der Subventionslosen“ recht, wenn er in einem Inzerate schreibt: „Während nun das große Volk der freien Wirtschaft sich auf eine radikale Umstellung seiner Lebensgewohnheiten bereit macht, nachdem es schon alle Lasten der Mobilisation trägt, was sieht man bei unseren lieben, roten, sozialistischen und nicht sozialistischen Beamtenkartellen? Sieht man bei den allgewaltigen Sekretären den Opfersinn des Wehrmannes, Verständnis für die Lage des Landes, für die Lage der freien Wirtschaft? Nein! Seit sechs Monaten widerhallt die große Beamtenpresse von einem einzigen Thema: Mehr Lohn! Der ganze Idealismus, der ganze Patriotismus der Herren Redakteure erschöpft sich in dem Studium der Preiskurve. Wir fragen: Ist das nun Sozialismus? Ist das die vielgerühmte Solidarität? Ist das Opfersinn in schwerer Zeit?“ Auch der Bundesrat hat bis jetzt den Standpunkt eingenommen, daß von der angestrebten Überwälzung der ganzen Kriegsteuerung auf die Arbeitgeber keine Rede sein könne, daß also auch der Beamte sich einzuschränken habe. Aber das wird nicht begriffen. Es wird auch nicht begriffen, wenn in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die „Grundsätze der schweizerischen Wirtschaftspolitik in Kriegszeiten“ von E. Böhler und H. Dütchler (in: „Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft“, 1940, II) klipp und klar festgestellt wird, daß „im Kriege nicht nur keine Steigerung der Realeinkommen mög-

lich, sondern überdies eine beträchtliche Kürzung der Realeinkommen im privaten Sektor (einschließlich der öffentlichen Angestellten) erforderlich ist.“

Die andere Begründung für die Gehaltserhöhung geht dahin, „daß die Privatwirtschaft bereits erhebliche Anpassungsmaßnahmen getroffen hat“, und es heißt dann in der Weisung des Zürcher Regierungsrates weiter: „Große Kreise von Arbeitern und Angestellten in Industrie, Gewerbe und Handel haben in Form von Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen eine Verbesserung ihres Einkommens erfahren“. Leider unterläßt es der Regierungsrat, diese Tatsachen mit Zahlen zu belegen. Wenn er das getan hätte, so wäre Folgendes herausgekommen: In der Privatwirtschaft sind bescheidene und bescheidenste Löhne, die tief unter denjenigen der Staatsbeamten stehen, im Durchschnitt um etwa 5 % erhöht worden, und zwar nicht einmal überall. Diese Lohnerhöhung traf wirklich Leute, welche die Teuerung in Anbetracht ihres kleinen Realeinkommens „empfindlich spürten“. Zum andern hat das Einkommen sehr vieler Berufstätiger aller Art stark abgenommen. Es läßt sich deshalb nicht mit der Privatwirtschaft exemplifizieren. Desgleichen kann die weitere Begründung mit der drohenden Abwanderung in die Privatwirtschaft nicht verfangen: „Als empfindlicher Mangel macht sich vor allem die ungenügende Befoldung der Beamten in leitender Stellung bemerkbar, so daß der Staat immer wieder tüchtige Funktionäre an die Privatwirtschaft verliert“. Wir sehen da absolut keine Gefahr, auch wenn die Befoldungen nicht erhöht werden. Vorderhand bestätigt der Zulauf zu den Staatsstellen und das Beharrungsvermögen auch der höheren Staatsbeamten, daß es sich beim Staate doch gut und sicher leben läßt. Und andererseits sind die besser bezahlten Stellen in der Privatwirtschaft sowie die besseren Auskommensmöglichkeiten überhaupt so sparsam gesät, daß keine Sezession aus den Amtsstuben zu befürchten ist.

Wir halten also eine Milderung des Gehaltsabbaues weder für nötig noch für dringlich. Wer von den Beamten sich im übrigen auf seinem Posten nicht mehr wohl fühlt, dem steht es ja frei, seine Stelle einem anderen zu überlassen, einem von den vielen, die sich nach einer solchen Staatsstelle auch beim bisherigen abgebauten Gehalte sehnen.

* * *

Am 10. Dezember jüngsthin hat die Vereinigte Bundesversammlung als Nachfolger der nach großen Verdiensten um das Vaterland zurückgetretenen Bundesräte Minger und Baumann gewählt: Regierungsrat *Edward von Steiger* in Bern und Regierungsrat *Dr. Karl Kobelt* in St. Gallen. Bemerkenswert ist die Rolle, welche das Volk bei diesen Wahlen spielte. Man behauptet wohl nicht zuviel, wenn man sagt, daß nicht das Parlament, sondern Kräfte außerhalb des Bundeshauses den Entscheid bestimmten. Wäre es nach der Meinung des National- und Ständerates gegangen, dann wären wohl die Herren Nationalrat *Dr. Feldmann* und Ständerat *Ernest Béguin* in Neuenburg der Urne entstiegen. An die Stelle dieser mehr parteimäßigen Kandidaturen sind dann offensichtlich unter Einflüssen von außen diejenigen der Gewählten getreten: *Dr. Feldmann* mußte es erleben, daß „ein Mann von der Feder mehr Angriffsunkte aufweist als ein Mann der Regierung“ (*Berner Tagblatt*), und Ständerat *Béguin* unterlag den Widerständen aus dem Lager seiner freisinnigen Parteifreunde aus der deutschen Schweiz sowie einer allgemeinen Abneigung gegen einen ausgesprochenen Parteimann. Die *NZZ* (Nr. 1782/1940) hat die Ablehnungsgründe folgendermaßen zusammengefaßt: „Dabei zweifelt gewiß niemand daran, daß Herr *Béguin*, falls er in den Bundesrat gewählt werden sollte, sein Amt mit größter Gewissenhaftigkeit versehen, dem Lande mit Aufopferung aller seiner Kräfte dienen wird. Aber genügt diese Überzeugung, um die Aufstellung dieser Kandidatur, um die Wahl des 62jährigen „verdienten Parlamentariers“

in den Bundesrat zu rechtfertigen in einer Zeit, deren Dynamik von den Mitgliedern der Landesregierung ein Höchstmaß von physischer und seelischer Spannkraft, den Vollbesitz staatsmännischer Eigenschaften verlangt, da von dem Weitblick, der zupackenden Energie, der Entschlußkraft der Regierung nichts weniger als das Schicksal des Landes abhängt?"

Das Volk hat diesmal den eidgenössischen Räten bei der Wahl scharf auf die Finger gesehen. Der außerordentlichen Zeit entsprechend wollte es auch außergewöhnliche Bundesräte haben. Seine Stimmung hat vielleicht am treffendsten ein „Appell“ der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom 23. November wiedergegeben, worin es hieß: „Das alte Spiel hat wieder begonnen. „Ansprüche“ auf die leeren Sitze werden wieder erhoben. Wir stellen fest: Nach der Verfassung gibt es keine Ansprüche. Jrgendwelche Ansprüche von Kantonen, Parteien oder Interessengruppen müssen heute zurücktreten. Nur ein Grundsatz gilt: Wahl der besten Männer.“ Ähnlich könnte es aus den Kreisen des „Gottthard-Bundes“: „Was erwartet heute das Volk von einem Bundesrat? Eine gläubige Seele, die leidenschaftlich, auch in den dunkelsten Stunden, an die gottgegebene Existenz und Sendung unseres Landes glaubt... Mut, Mut und nochmals Mut! Wie ein Fels soll ein Bundesrat in der Brandung stehen, wie ein Leuchtturm soll er dem Volk in dunkler Nacht den Weg weisen: den Weg der Ehre, der Treue, der Opferbereitschaft... Ein Bundesrat soll das besitzen, was wertvoller ist als alles Wissen der Welt: nämlich Intuition! In innerer Schau muß ein Bundesrat die Zukunft erschauen, um das Staatsschiff mit sicherer Hand ins Land der Zukunft steuern zu können... Das Volk erwartet von einem Bundesrat ungewöhnliche Verstandeskräfte, eine Intelligenz, die mit den schwersten Problemen fertig wird... Und das Volk erwartet von einem Bundesrat, daß er das als richtig Erkannte mit rücksichtsloser Energie durchführe; daß er allen organisierten Interessengruppen die Zähne zeige und nur eines im Auge habe: das Wohl des ganzen Volkes!“

Hat man sich also weit im Volke herum Bundesräte mit Eigenschaften wie Märchenkönige und Patriarchen gewünscht, mit anderen Worten wahre Führerpersönlichkeiten, so muß das Ergebnis des Wahlaftes selbstverständlich auch interessieren. Es läßt sich dahin zusammenfassen: Der Einfluß des Parlamentes ging zurück, ja es wurde ungewöhnlicherweise sogar ein Mann außerhalb der eidgenössischen Räte gewählt. Ferner hat man Männer mit Regierungspraxis den anderen Kandidaten von mehr spezieller, wenn auch hervorragender Eignung (Prof. Burckhardt, Minister Stucki, Prof. Logoz, Prof. Du Pasquier) vorgezogen. Auch der welsche Anspruch auf ein zweites Mandat ist außer Acht gelassen worden, nachdem er bereits sechsmal erfolglos erhoben wurde. Dafür hatte der Verjüngungsgedanke einen erheblichen Einfluß. In allgemein politischer Hinsicht endlich bedeutet der Wahlgang vom 10. Dezember unzweifelhaft eine Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts; die sozialistischen Kandidaturen scheinen nicht mit vollem Ernst aufgestellt worden zu sein, hat doch auch diese Partei im Sommer den „Verzicht auf weitere Initiative zu einer Beteiligung an der Bundesregierung“ beschlossen.

Und nun läßt sich trotz allen den verderbten Hoffnungen und unerfüllten Wünschen merkwürdigerweise mit den „Basler Nachrichten“ feststellen: „man ist sich in der Schweiz darüber einig, daß die Bundesversammlung gute Wahlen getroffen hat. Einig von rechts bis links, die Sozialisten und die Welschen, die beide leer ausgingen, miteingeschlossen.“ Ja, sogar der sehr besorgte Gottthard-Bund hat sich auffallend schnell beruhigt und auch die Wahlen ohne den Doktor Wahlen trotz seiner vorherigen fabelhaften Anforderungen an die Kandidaten als gut anerkannt.

* * *

Der gegenwärtige Krieg, von dem man nie wissen kann, welche Wendung er nimmt, hat nun in den letzten Wochen auch zu starken Verletzungen unseres neutralen Landes geführt. Während bislang nur zeitweilige oder wiederholte Überfliegungen durch deutsche und englische Flugzeuge vorgekommen waren, sind nun kurz nacheinander die Städte Basel und Zürich bombardiert worden. Englische Flieger haben das auf dem Gewissen. In der klaren Nacht vom 16. auf den 17. Dezember wurde Basel mit zwei Angriffen heimgesucht, die zu insgesamt 12 Bombeneinschlägen führten und vier Personen das Leben kosteten. Kaum war der sehr energische Protest des Bundesrates gegen diese kraße Neutralitätsverletzung angebracht, so folgte dann in der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember schon wieder eine Bombardierung, diesmal der Stadt Zürich und zwar ebenfalls von englischer Seite. Abgeworfen wurde eine große Zahl von Brandbomben, aber auch eine Reihe von Brisanzbomben, wovon eine den Eisenbahnviadukt zwischen Zürich-Hauptbahnhof und Wipfingen beschädigte. Infolge des Angriffes auf die — notabene! — vollbeleuchtete Stadt gab es auch hier einen Todesfall und elf Verletzte. Selbstverständlich folgte auch diesem Angriff der laute Protest und die Wiedergutmachungsforderung in London auf dem Fuße nach.

Die Antworten auf diese Proteste sind noch nicht eingetroffen. Gerne wollen wir annehmen, daß Basel und Zürich irrtümlicherweise angegriffen worden seien. Nach den näheren Umständen zu schließen, besonders im Falle Zürichs, liegen indessen vielleicht eher bewußte Angriffe vor, die das eine Mal dem wichtigen Basler Güterbahnhof, das andere Mal den Zürcher Industrien und Verkehrslinien galten. Für diesen Fall sei es auch den Engländern gegenüber nochmals deutlich ausgesprochen, daß der, welcher uns angreift, unser Feind ist, und daß wir uns gegen diesen Feind aufs äußerste verteidigen.

Bülach, am 30. Dezember 1940.

Walter Hildebrandt.

Ein schwarzer Tag.

Die sich überstürzenden Ereignisse dürfen nicht dazu führen, die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses vom 1. Dezember 1940 zu verkleinern. Der 1. Dezember muß als schwarzer Tag in die Annalen unserer Geschichte eingereiht werden. — Was ist geschehen? Eine Vorlage, die eine obligatorische Vorbereitung der Jugend für den Militärdienst in die Wege leiten wollte und die von allen maßgebenden Instanzen und Parteien empfohlen wurde, ist mit starkem Mehr verworfen worden. Die Vorlage war von allen militärischen Sachverständigen als ein sehr wertvolles Mittel bezeichnet worden, die unumgänglich notwendige Vorbereitung unserer Jungmannschaft durchzuführen. Sie stellte keine Ideallösung dar, aber eine sehr brauchbare Lösung, die unseren typisch schweizerischen Verhältnissen Rechnung trug. Eine Übergehung der Turnvereine bei der Durchführung des turnerischen Vorunterrichts und der Schützenvereine bei der Durchführung der Jungschützenkurse kam aus organisatorischen und innerpolitischen Gründen nicht in Frage. Die geforderte Beanspruchung erschien — verglichen mit diesbezüglichen Leistungen in anderen Ländern — überaus gering.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß unser Rekrutendienst, gemessen am Pensum und an der ersten Dienstzeit in allen übrigen Ländern, sehr kurz ist, würde

eine gleichmäßige Vorbereitung der angehenden Rekruten die Arbeit in der Rekrutenschule außerordentlich erleichtern. Die Mehrheit der Rekruten ist beim Einrücken auch noch heute ungenügend vorbereitet. In die bisherigen freiwilligen Kurse rücken gerade jene jungen Leute nicht ein, die die Ausbildung am nötigsten hätten.

Die Vorlage entstand aus der zwingenden Erwägung, das Fundament unserer militärischen Ausbildung besser zu untermauern. Es ist tief bedauerlich, daß selbst in den heutigen Zeiten das notwendige Verständnis der Mehrheit des Volkes abging.

Welches sind die Gründe der Verwerfung?

Die Gegner haben in ihrer Propaganda vor allem föderalistische und kirchliche Gründe geltend gemacht. Es war aber nicht schwierig, dieselben zu entkräften. Kein vernünftiger Mensch konnte behaupten, die überaus bescheidene Beanspruchung der Jungmannschaft stempelte dieselbe zur „Staatsjugend“. Das souveräne Recht der Kantone auf dem Gebiete des Schulwesens wurde durch die Vorlage gar nicht berührt. Sie hätte lediglich ergänzende Bestimmungen zu den längst erlassenen Anordnungen über den Turnunterricht in den Schulen in Kraft gesetzt, wozu der Bund, kraft der Militärorganisation von 1907, ausdrücklich ermächtigt ist.

Auch die Einwände von kirchlichen Kreisen waren nicht stichhaltig, nachdem im Gesetzestext festgesetzt wurde, daß die Kurse des militärischen Vorunterrichtes an Werttagen stattfinden müßten, und, wenn ausnahmsweise ein Sonntag beansprucht werde, stets die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe befolgt werden müßten. Es scheint uns, gerade das kraftvolle Eintreten von Bundesrat Etter zu Gunsten der Vorlage hätte genügen dürfen, um die Einwände, speziell aus kirchlichen Kreisen, zum Schweigen zu bringen.

Mit diesen Feststellungen ist das Abstimmungsergebnis noch lange nicht erklärt. In den auf tausenden von Stimzetteln niedergeschriebenen Nein machte sich eine latente Unzufriedenheit Luft gegen hundert Dinge, die mit der Vorlage gar nichts zu tun hatten. Unzufriedenheit über Bern schlechtweg, Ärger über die Einschränkungen, denen sich auch unser Volk unterziehen muß und über mancherlei Notlage. Auch Dienstmüdigkeit und Dienstverdroßtheit mögen da und dort eine gewisse Rolle gespielt haben. Schließlich hat in Bauernkreisen der Widerwille mitgespielt, die für die Bewirtschaftung dringend benötigten Buben zur Verfügung zu stellen. Es muß auch festgestellt werden, daß in weiten Kreisen eine geradezu erschreckende Unkenntnis über die tatsächlichen Forderungen der Vorlage vorhanden war, sodaß man um so leichter den Schlagworten der Gegner zum Opfer fiel. Wenn auch anerkannt werden muß, daß viel zur objektiven Aufklärung getan wurde, und auch manche Zeitungen sich rückhaltlos und systematisch dafür einsetzten, auf die große Bedeutung der Vorlage aufmerksam zu machen, hat es doch an einer möglichst knappen und immer wiederholten Bekanntgabe der tatsächlichen in der Vorlage verlangten zeitlichen „Opfer“ gefehlt. Die Gegner der Vorlage haben sehr geschickt operiert. Es ist bedauerlich, daß vor demagogischen Mitteln nicht zurückgeschreckt wurde, und selbst Geschichtsfälschung im Großen betrieben wurde. So in der Herausgabe des sehr eindrucksvollen Pestalozzi-Plakates. Diese Fälschung läßt sich wissenschaftlich einwandfrei nachweisen. In der im Auftrag des Chefs des Generalstabes während der Grenzbesetzung 14/18 herausgegebenen Schweizer Kriegsgeschichte finden wir im Heft 11 S. 63/64 eine eingehende Schilderung des in Pestalozzis Institut in Yverdon durchgeführten Kadettenunterrichts.

Es ist sodann bedauerlich, daß Persönlichkeiten, die in unserem Geistesleben eine Rolle spielen, glaubten, ein fachmännisches Urteil über die Vorlage abgeben zu müssen, wozu ihnen die notwendigen Voraussetzungen fehlten.

Man hatte dem Bundesrat nahe gelegt, den Vorunterricht kraft seiner Vollmachten einzuführen, wofür die notwendige Berechtigung ohne weiteres vorlag. Hätte man das Abstimmungsergebnis voraussehen können, so wäre gewiß eine Einführung auf Grund der Vollmachten das Richtige gewesen. Es ist möglich, daß bei der Rückkehr normaler Zeiten sich dann der Vorunterricht bereits so eingelebt gehabt hätte, daß eine gesetzliche Verankerung leicht durchführbar gewesen wäre. Leider zeigte das Volk an jenem 1. Dezember nicht die politische Reife, die der Bundesrat offenbar vorausgesetzt hatte.

Neben dem negativen Ergebnis muß auch die Tatsache der geringen Stimmbeteiligung von nur 60 % als beschämend bezeichnet werden. — In den Kommentaren ist vielfach versucht worden, das Ergebnis zu bagatellisieren. Dies ist grundsätzlich falsch, und es ist unverständlich, wenn selbst Presseorgane, die wacker für die Vorlage eingestanden sind, nachher von freiheitlicher Selbstbehauptung sprachen. Man muß den Mut haben, Fehler in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen und einzugestehen; nur so sind Fortschritte möglich.

Unser Volk hat seit 1935 nie mehr Gelegenheit gehabt, in einer Volksabstimmung zur Wehrbereitschaft und zur Landesverteidigung Stellung zu nehmen. Wie sehr hätte man hoffen und erwarten dürfen, daß in diesen bewegten Zeiten das Volk freudig die Gelegenheit ergreifen werde, durch diese Volksabstimmung seinen leidenschaftlichen Wehrwillen zu bekräftigen. Die Mehrheit des Volkes hat an jenem Dezembersonntag das Gesamtinteresse des Landes vor dem Kleinlichen Ich zurückgestellt.

Wir glauben nicht, daß aus dem negativen Ergebnis der Schluß gezogen werden kann, der Wehrwille habe tatsächlich abgenommen, aber das Volk muß darüber klar sein, daß eine solche Auslegung des Abstimmungsergebnisses ganz besonders im Ausland möglich ist. Wir müssen erst den Beweis erbringen, daß es uns mit der Opferbereitschaft wirklich ernst ist, und daß wir wirklich bereit sind, den Geist der Vorfahren, der sich in manchen Schlachten bewährt hat, nicht nur zu feiern, sondern auch zum Beispiel zu nehmen. — Es war eine Ironie des Schicksals, daß am Vorabend des Abstimmungssonntags das Schlußfest der Landesausstellung durchgeführt, und der Geist der LU neuerdings gefeiert wurde. Dieser viel gerühmte Geist hat am 1. Dezember gründlich gefehlt.

Die Hauptschuldigen am Ergebnis vom 1. Dezember sind nicht die Tausende von Reinsagern, sondern die Initianten der Referendumsbewegung. Es liegen Beweise vor, daß sich eine satzfam bekannte Gruppe von Antimilitaristen im Hintergrund als Drahtzieher betätigte. Auf den Initianten lastet die schwere Verantwortung vor der Geschichte unseres Landes, durch die Erzwingung des Abstimmungskampfes ein bitteres Unrecht begangen zu haben.

F. Rieter.

Zur Lage.

An der Schwelle des Jahres 1941 befindet sich der europäische Krieg in einem Spannungszustand, da die größten Entscheidungen vorbereitet werden. Zugleich ist er im Begriff, sich zu einem Weltkrieg auszuwachsen. Die Vereinigten Staaten von Amerika streben mit der seit der Wiederwahl Roosevelts vom 5. November 1940 erwarteten Beschleunigung der Beteiligung am Kriege auf der Seite Englands zu, die, zurzeit und wohl einstweilen noch mittelbaren Charakters, doch zwangsläufig unmittelbar werden wird, wenn nicht, so muß man heute sagen, ein Wunder geschieht. Die Klauseln des Dreimächtepaktes werden dies nicht zu verhindern vermögen. Ob nun die verstärkte Hilfeleistung an England, die, nach der Absicht des Präsidenten, alle Gebiete finanzieller, materieller und moralischer Art umfassen soll, sich in der Abtretung des England feindlichen Handelschiffraumes an dieses verdeutlichen wird, oder zuerst in einem amerikanischen Druck auf Irland — eine zweifellos sehr bedeutsame Angelegenheit — oder ob mit und in Island eine geographische und psychologische Zwischenstation eingerichtet wird, das alles wird sich im Effekt insofern gleich bleiben, als wohl in kurzem Zeitabstand eben die amerikanische Hilfe alle überhaupt möglichen Gebiete militärischen, politisch-diplomatischen und wirtschaftlichen Charakters umfassen wird.

Die entscheidende Frage ist heute, ob diese intensivierte Hilfe nicht in dieser oder jener Beziehung für England zu spät kommt. Das ist das Problem, welches den Jahresanfang ausschlaggebend kennzeichnet. Es wird in diesem Jahre ein Wettlauf um den Sieg vor sich gehen. Die Chancen stehen offen, obwohl Deutschland zurzeit im Vorsprung ist.

Es ist das Kennzeichen des im Ablauf der Ereignisse zweifellos gigantischen Jahres 1940, daß es trotz allen beispiellosen Umwälzungen und Erfolgen eine Entscheidung nicht gebracht hat. Und es ist der sonderbaren Widerstandskraft der englischen Bevölkerung, zu einem großen Teil aber einfach der Persönlichkeit des Herrn Churchill zuzuschreiben, daß heute überhaupt noch ein amerikanisches Problem als entscheidend an der Schwelle des neuen Jahres stehen kann.

Von der Fortdauer dieser englischen Widerstandskraft wird jene Entscheidung abhängen, die uns von verschiedenen Seiten — in Neujahrswünschen — für das Jahr 1941 in Aussicht gestellt worden ist. Auch das Tempo der amerikanischen Hilfsbestrebungen ist dabei in Rechnung zu stellen; bis heute ist dieses Tempo in verschiedenen Bezirken erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben — aus Gründen, die sich verschiedenartig zusammensetzen. Es wäre gefährliche Prognose, über die Möglichkeiten des weitern englischen Widerstandes Angaben machen zu wollen.

Dagegen sind uns — gerade termingerecht auf diese Rundschau hin — dieser Tage sehr bestimmte Informationen über die wirkliche und die stimmungsmäßige Situation in England zugekommen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Die Berichte stammen von verschiedenen privaten Seiten, und zwar sämtlich von Augenzeugen, die sich zum Teil dauernd in London aufhalten, zum Teil bis vor kurzem längere Zeit dort aufgehalten haben und auch Gelegenheit hatten, verschiedene der unlängst bombardierten Provinzstädte teils unmittelbar nach den Bombardementen, teils einige Tage später, in Augenschein zu nehmen.

Was uns festländischen Europäern als ein eigentliches Rätsel erscheinen will, wie die Bevölkerung Londons und der verschiedenen bombardierten Provinzstädte diese nun monatelang währenden schwersten materiellen und seelischen Schäden überhaupt ertragen konnte — nicht nur ertragen konnte —, daß sie vielmehr trotz dieser schwersten Schäden unentwegt ihrer Arbeit nachgeht: dieses Rätsel findet nach den eingegangenen Berichten seine Lösung in der ganz eigentümlichen psychischen Struktur dieses Volkes. Wer hätte es im Ernste für möglich gehalten, daß diese Bevölkerung die nun fünf Monate währenden, in London sozusagen ununterbrochenen Bombenangriffe ertrüge, ohne in körperlicher oder seelischer Beziehung schließlich zusammenzubrechen? Und doch ist dieser Zusammenbruch bis heute nicht eingetreten; nach den eingegangenen Berichten wäre es auch müßig, ihn in Rechnung stellen zu wollen. Leute, die wochenlang die Bombardements in London miterlebten, berichten, daß tatsächlich das geschäftliche Leben am Tage in annähernd normaler Art weitergehe. Die Parole der Regierung, daß die Produktion unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, scheint die Bevölkerung gleichsam im Sinne einer gewissermaßen fanatischen Gleichgültigkeit gegenüber den Gefahren beeinflusst zu haben. Die Leute gehen am Tage ihren Geschäften nach, unbetümmert darum, ob Fliegeralarm gegeben wird oder nicht. Psychologisch eine ganz wesentliche Rolle scheint dabei das System der Freiwilligkeit in Bezug auf das Auffuchen der Luftschutzheller zu spielen: es ist weder am Tage noch nachts jemand verpflichtet, einen Luftschutzheller aufzusuchen. Daraus hat sich nun, den Berichten zufolge, die bemerkenswerte Geistesverfassung entwickelt, daß in der Bevölkerung das Auffuchen der Luftschutzheller bei Tage direkt als unpatriotisch empfunden und auch bezeichnet wird, weil eben durch solche persönliche Schutzmaßnahmen die Arbeitstätigkeit beeinträchtigt werde. So kommt es, daß am Tage die Luftschutzheller kaum bezogen werden; in den Büros, in den Geschäften, in den Fabriken wird bei Luftalarm weitergearbeitet. Die Bevölkerung ist sich natürlich bewußt, daß dadurch häufig Opfer entstehen müssen; diese werden aber, so lauten die Berichte, aus der bemerkenswerten psychischen Verfassung des Volkes heraus als notwendige und nicht vermeidbare Opfer für das Land betrachtet, wobei über allem eben immer die für jeden zwingende Verpflichtung steht, im Interesse des Landes den Fortgang der Produktion, der Geschäfte, überhaupt des täglichen Lebens unter keinen Umständen unterbrechen zu lassen.

Dieses Verhalten der Bevölkerung ist natürlich nur dadurch möglich geworden, daß seit einigen Monaten die massierten Luftangriffe bei Tage ausgeblieben sind — eine Tatsache, die ja durch die Berichte des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht bestätigt ist. Es scheint also offenbar — wir folgen auch darin den uns zugegangenen Berichten, welche hier die Anschauung der englischen Bevölkerung wiedergeben — der britischen Luftwaffe gelungen zu sein, sich bei Tage den gegnerischen Angriffen in großem Umfang entgegenzustellen und diesen Angriffen in einem Ausmaß Widerstand entgegenzusetzen, das bisher nicht bewältigt werden konnte. In der englischen Bevölkerung jedenfalls wird das Ausbleiben massierter Luftangriffe bei Tage so begründet. Den vereinzelt erfolgten Angriffen, die, besonders auf London, fast täglich erfolgen, wird in der oben geschilderten Weise begegnet.

Mit Ausnahme der Rüstungsbetriebe und anderer kriegswirtschaftlicher Unternehmungen, welche durcharbeiten, werden alle Betriebe um 17 Uhr geschlossen,

damit die Bevölkerung noch vor der Verdunkelung ihr Heim auffuchen kann. Die Spielzeiten der Unterhaltungsstätten sind entsprechend angelegt. Ein „Nacht-leben“ gibt es sozusagen nicht mehr; der Londoner bleibt zu Hause. Aber auch nachts, wo die Massenangriffe erfolgen, gehört nach den eingegangenen Berichten das Auffuchen der Luftschutzkeller keineswegs zu den regelmäßigen Gewohnheiten. Hier scheint sich in der Stimmung tatsächlich ein eigentümlicher *Stoizismus* herausgebildet zu haben. Soweit möglich verfügt man sich in die unteren Stockwerke; in den Hotels, die überfüllt sind, besteht diese Möglichkeit nur schwer, und es stehen dort auch in der Regel Luftschutzkeller in genügendem Ausmaß nicht zur Verfügung. Somit bleibt der Gast in seinem Zimmer, auch wenn dieses sich über dem vierten Stockwerk befindet. Man scheint auch hier, gewissermaßen, das Schicksal „in Kauf“ zu nehmen. Unsere Berichte sind auch in diesem Punkt durchaus übereinstimmend. Die öffentlichen Luftschutzkeller sind gleichwohl, wie auch die Stationen der Untergrundbahnen, überfüllt. Hier nächtigt regelmäßig die Bevölkerung, deren Heim zerstört ist. Dort erscheinen insbesondere auch allabendlich die Leute aus dem Gastend mit ihren Feldbetten. In diesem Bezirk waren die Verwüstungen furchtbar; viele Wohnungen sind zerstört. Allein einer unserer Gewährsleute, der solche Keller besichtigte, hat uns versichert, daß die Stimmung unter diesen Ärmsten der Londoner von sozialer Verbitterung gegen ihre reicheren Landsleute, also von einem gewissen sozialen Haß, recht wenig verspüren lasse. Und doch sind ihre Wohnungen größtenteils vernichtet und ihre „Ruhe“ spielt sich Nacht für Nacht in einem überfüllten Keller, in einer überfüllten Station der Untergrundbahn ab. Was übrigens den für unsere Begriffe fast unvorstellbaren allnächtlichen Lärm der Explosionen und des Geschützfeuers anbelangt, so wurde uns versichert, daß man sich schließlich allmählich auch daran gewöhne und trotzdem Schlaf finden könne.

Über den Umfang und den Charakter der Zerstörungen, deren äußerste Schwere übrigens von keiner Seite bestritten wird, berichten die Augenzeugen Bemerkenswertes. Anscheinend sind die Zerstörungen ganz unterschiedlich. Es gibt Bezirke, auch in Provinzstädten, wo z. B. ein ganzer Straßenzug in einer Länge von mehreren hundert Metern beidseitig völlig niedergelegt ist; in andern Bezirken ist z. B. im Umkreis von fünfzig Metern, in wieder anderen Bezirken im Umkreis von hundert Metern ein Haus völlig zerstört, andere sind beschädigt. So läßt sich eine Stadt, oder ein Teil Londons, nach einem nächtlichen Angriff bezirksweise abschätzen. Die Räumungsarbeiten gehen mit großer Schnelligkeit vonstatten, sodaß schon nach wenigen Tagen selbst in völlig verwüsteten Straßenzügen der Schutt von der Straße weggeräumt ist. Der Feuerwehr, die oftmals Nacht für Nacht auf den Beinen ist, zollt man das höchste Lob. Nach den eingegangenen Berichten scheint die Bevölkerung in der Anpassung an diese Schrecken nachgerade eine gewisse Fertigkeit zu entwickeln, wobei anscheinend immer wieder der bestimmende Leitsatz entscheidet, wonach die Produktion und die Geschäftstätigkeit nicht unterbrochen werden dürfen: So sah einer unserer Gewährsleute, als er eine Provinzstadt am Morgen nach ihrer Bombardierung besuchte, zwar einen im wesentlichen zerstörten Straßenzug; als der Besucher aber nach wenigen Tagen wieder kam, fand er an einer Stelle, wo anscheinend vordem ein Metzgerladen gestanden hatte, eine Tafel mit der Aufschrift: „Der Metzgerladen befindet sich in der übernächsten Straße im dritten Haus“, oder, wo vordem ein Schuster gearbeitet hatte, eine Tafel: „Das Geschäft befindet sich sechs Häuser weiter“ — und tatsächlich fand unser

Gewährsmann an den bezeichneten Orten die Leute hinter ihrem provisorischen Ladentisch oder auf ihrem Arbeitsstuhl.

Erstaunlich, aber unter den bestehenden Bedingungen nicht unerklärlich ist die völlig übereinstimmende Ansicht unserer Gewährsleute, wonach die industrielle Produktion, auch die kriegswichtige, verhältnismäßig wenig Schaden genommen habe. Anscheinend hält sich die Schädigung der industriellen Betriebe im Rahmen des Prozentsatzes der allgemeinen Schäden und überschreitet diesen nicht. Diese Feststellung erklärt sich aus den Umständen, unter denen die Bombenabwürfe erfolgen müssen. Diese erlauben ein Zielen in der Regel nicht. Die Angriffe am Tage sind, wie bereits ausgeführt, vereinzelt. Nach den übereinstimmenden Informationen hält die Flak-Artillerie die nächtlichen Bombengeschwader stellenweise in Höhen bis 8000 Meter, während die Sperrballone sich über 2000 Meter erheben. Den Berichten nach stellen die Sperrballone ein ganz wesentliches Hindernis dar; sie erlauben den angreifenden Fliegern nicht, unter ihre Höhe zu gehen. Dabei verfügt nicht nur jede Stadt über Sperrballone, sondern auch jedes größere, kriegswichtige industrielle Unternehmen. Gezielte Bombenabwürfe sind bei Nachtangriffen unter diesen Umständen, so lauten die uns zugegangenen Berichte, annähernd unmöglich. So mag es auch kommen, daß, den Berichten unserer Gewährsleute zufolge, von den Londoner Bahnhöfen und Eisenbahnbrücken — letztere tragen teilweise bis zu 8 Geleise nebeneinander — verschiedene vielleicht vorübergehend beschädigt wurden, keines dieser Objekte aber zerstört sein soll. Auch fahren die Züge von und nach London und auswärts auch während der Angriffe weiter, wie übrigens die Verkehrsmittel in der Großstadt selbst, auch nachts.

Obwohl deutsche Fernkampf-Batterien die Themsemündung zu bestreichen vermögen, geht die Schifffahrt auf der Themse, wenn auch in sehr stark reduziertem Umfang, weiter. Die Zerstörungen in den Docks und den Lagerhäusern der Themse sind gewaltig, aber angesichts des riesenhaften Umfanges dieser Anlagen prozentual zwar bedeutsam, aber nicht ausschlaggebend; so lauten die Berichte.

Nach dem übereinstimmenden Urteil unserer Gewährsleute ist die Stimmung der Londoner Bevölkerung bemerkenswert. Die oben geschilderten Umstände lassen auf Beharrlichkeit und Verbissenheit schließen, was durch die Berichte bestätigt wird. Weiter ist die Bevölkerung nach übereinstimmendem Urteil stimmungsmäßig von einem bemerkenswerten Optimismus getragen: man ist überzeugt, daß die inzwischen gewaltig aufgebaute Rüstung in personeller und materieller Beziehung in der Lage sein wird, einer Invasion mit Erfolg zu begegnen.

Auch der Unterseebootgefahr gegenüber, die man im übrigen keineswegs leicht nimmt, herrscht eine ähnliche Stimmung; man verweist darauf, daß die Versenkungsziffern den Stand des Frühjahrs 1917 nicht erreicht hätten und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß dieser gewaltigen Gefahr rechtzeitig erfolgreich begegnet werden könne.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist nach übereinstimmenden Berichten bis heute in ihren Ausmaßen tragbar, und sie wird, so wird uns versichert, von der Bevölkerung auch so empfunden.

So lauten, in Übereinstimmung, die Berichte, die uns zugegangen sind. Sie ergeben, so möchten wir betonen, tatsächliche Feststellungen von Augenzeugen wäh-

rend längerer Beobachtungszeit und geben im übrigen ein Bild der Stimmung der britischen Bevölkerung, wie sie sich dem Beobachter darstellt. Es spricht aus ihr jene seltsam optimistische Beharrlichkeit, die uns teilweise aus der Literatur des letzten Krieges bekannt ist und eine nach unseren Begriffen fast als außergewöhnlich zu bezeichnende Standfestigkeit, auch schwersten Schlägen gegenüber. Aus dem Gesamtbild, das sich so aus eigener Feststellung und Stimmungsschilderung ergibt, mag wenigstens zum Teil die Erklärung für die Beharrlichkeit der englischen Lage entnommen werden, welche täglich immer wieder viele Kontinental-Europäer in Erstaunen setzt.

Ob der optimistische Grundzug im Wesen dieser Bevölkerung sich den letzten Tatsachen gegenüber bewähren wird, ist eine völlig andere Frage.

Unbestrittene Tatsache ist jedenfalls, daß die britische Produktionskapazität zumindest im Rahmen des allgemeinen Zerstörungsprozentsatzes zurückgegangen ist. Inwieweit nun dieser tatsächliche Ausfall der britischen Produktion durch die amerikanischen Lieferungen wettgemacht oder in welchem Ausmaß er sogar übertroffen werden kann, ist unsicher, wobei nur das eine feststeht, daß nämlich das finanzielle Problem, das sonst in diesem Punkt ausschlaggebend sein müßte, nach den jüngsten Erklärungen des Präsidenten Roosevelt keine Rolle mehr zu spielen scheint.

So ist denn von größter Bedeutung die Frage, auf welche Weise die englische Widerstandskraft soll gebrochen werden können. Die Bombardierungen allein dürften, nach den gegebenen Informationen, dieses Ergebnis nicht zur Folge haben. Bleibt als ausschlaggebendes Mittel, von dem übrigens auch am meisten — und recht geheimnisvoll — gesprochen wird, die Invasion. Ist diese seit der Konzentrierung des deutschen Kampfes gegen England schon einmal versucht worden? Kenner gewisser Kreise halten dies nicht für ausgeschlossen. Was einen zukünftigen Versuch anbetrifft, so halten militärische Sachverständige ihn für wenig aussichtsreich, solange nicht die englische Flotte und die englische Luftwaffe geschlagen sind. Keines von beiden ist heute der Fall. Andere Sachverständige wieder sind der Meinung, daß selbst eine verhältnismäßig kleine deutsche Landungsstruppe, hätte sie sich einmal einen Brückenkopf geschaffen, in Anbetracht ihrer wohl unübertrefflichen Ausbildung, Führung und Bewaffnung nicht mehr zu erledigen wäre. Man läßt am besten diese Frage offen; vielleicht ergibt sich bald Gelegenheit, aus den Ereignissen die Antwort zu erhalten.

Zu Beginn des Herbstes 1940, als die massiven Luftangriffe auf das englische Mutterland sich zu übersteigern schienen und der Versuch einer Invasion Großbritanniens täglich, fast stündlich erwartet wurde, blieben die englischen Befürchtungen jedoch keineswegs auf diesen einen Gefahrenpunkt gerichtet; fast ebenso akut erschien die Gefährdung Ägyptens und damit die Gefahr einer Unterbrechung der wichtigsten Ader des britischen Imperiums, durch die der klassische Weg nach den Reichtümern Indiens und der Hilfsbereitschaft der Dominions des fünften Erdteils führt. Ein erfolgreicher italienischer Angriff auf den Suezkanal, und zwar zu Lande, konnte die Unterbrechung dieser Verbindung bewirken, durch die, so wenigstens meinten viele, die Widerstandskraft Großbritanniens überhaupt gebrochen würde. Mit den Mitteln seiner Flotte und seiner Luftwaffe allein konnte Italien, wie sich bald erwies, den englischen Weg durch das Mittelmeer nicht sperren; fast regelmäßig besuchten britische Handelsschiffe, unter Geleit natürlich, diese Straße.

Die Gefährdung des Suezkanals und damit die in ihrer Wirkung einer erfolgreichen Invasion des britischen Mutterlandes beinahe vergleichbare Aktion gegen den Bestand des britischen Reiches erscheint nunmehr gebannt. Darin liegt die Bedeutung des britischen Sieges in der „Westlichen Wüste“. Nachdem die ganze Aufmarschorganisation der Italiener in Lybien allem Anschein nach zerfallen, die wichtigsten Ausgangspositionen aber in den Händen der erfolgreichen britischen Truppen sich befinden, bedarf eine Wiederaufnahme der Offensivaktion gegen den Suezkanal von Westen her sehr bedeutender Mittel und einer entsprechenden Vorbereitungszeit, ganz gleichgültig, ob die Aktion von deutschen Truppenverbänden (oder Führern?) wesentlich gestützt bzw. getragen wird, umso mehr, als die britische Mittelmeerflotte um einen weiteren Stützpunkt näher an die italienisch-lybische Nachschubrouten gerückt ist und heute im Begriff steht, in dieser Richtung nochmals einen Schritt zu tun.

Eine sehr bedeutende Gefahr für den Bestand des britischen Imperiums erscheint somit gebannt. Allein es drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wie es überhaupt soweit kommen konnte, bzw. wie sich die verschiedenen italienischen Rätsel am Ende entwirren lassen. Gewiß scheint einstweilen wohl das eine zu sein: die Passivität des Marschalls Graziani gegenüber dem Schicksal eines Drittels seiner Armee muß nachgerade auf ähnliche Gründe zurückgeführt werden, wie das ständige Abbröckeln der albanischen Front Italiens (von einer griechischen Front ist ja längst nicht mehr die Rede) — wahrscheinlich ist es der britischen Mittelmeerflotte irgendwie gelungen, in Verbindung mit ihrer anscheinend sehr erheblichen Luftwaffe, die Nachschubwege Italien-Lybien und Italien-Albanien empfindlich zu stören, ohne daß die italienische Flotte, offenbar durch verschiedene Aktionen empfindlich geschwächt (Tarent), in der Lage gewesen wäre, diese Störungsaktionen wirksam zu verhindern.

Unter diesen Umständen, außerdem aber von allgemeinen Gesichtspunkten aus, erscheint der Einsatz deutscher Fliegerverbände im italienischen Kampfraum mehr als verständlich. Ob nun dieser Einsatz den Auftakt zu intensiver deutscher militärischer Unterstützung Italiens im Wege der Entsendung anderer Waffengattungen nach der verbündeten Halbinsel bildet, wie verschiedene Leute meinen, wagen wir einstweilen zu bezweifeln. Der Schlag, der damit dem italienischen Stolz versetzt würde, wäre — aus verschiedenen Gründen — kaum erträglich für das in diesem Punkt sehr empfindliche Volk. Das italienische Volk aber hat seit dem 28. Oktober 1940, dem Beginn des griechischen Abenteuers, bereits nicht unerhebliche stimmungsmäßige Belastungen erfahren müssen; es mag genügen, auf die wirkungsmäßige Bedeutung der Demission des Marschalls Badoglio hinzuweisen.

Dagegen wäre eine deutsche Entlastungsaktion anderwärts keineswegs als unwahrscheinlich anzusehen. Erscheint hier dem Beobachter unwillkürlich wieder die Möglichkeit eines plötzlichen massiven Schlages gegen das britische Mutterland, so bestehen natürlich weitere Aktionspunkte. Der Balkan böte verschiedene Wege für die deutsche Wehrmacht, die, das möge man nicht vergessen, nach einer über 6 Monate langen Pause zweifellos über ein nicht zu übertreffendes Potential an moralischen und materiellen Werten verfügen wird. Allein im Bezirke des Balkans beginnt die Zone, wo der politische Einsatz der russischen Macht beginnt, über deren Haltung weniger denn je Klarheit besteht, seitdem Molotow am 12. November 1940 mit unbekanntem Ergebnis

in Berlin empfangen wurde. Bulgarischen und anderen Besuchen kommt unter diesen Umständen stets nur durchaus relative Bedeutung zu, wie auch über die rumänischen Dinge das letzte Wort kaum gesprochen sein dürfte. Ein halbwegs klares Bild ergibt in diesen Bezirken einstweilen einzig die Haltung der Türkei, die heute, und wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß der libyschen Ereignisse, dem Bündnis mit Großbritannien verpflichtet bleibt.

Zimmerhin: mitten während der Tagung des amerikanischen Kongresses, und solange dieser über die in der Botschaft Roosevelts vom 6. Januar verlangte Unterstützung Großbritanniens nicht entschieden hat, ist doch wohl ein deutscher Vorstoß kaum zu erwarten. Ein solcher würde gewisse Entschlüsse nur unnötig beschleunigen. Allein dies ist außer Zweifel: daß nach der Abklärung der Haltung der Vereinigten Staaten, die durch die „Plauderei am Kamin“ vom 30. Dezember 1940 und durch die erwähnte Botschaft Roosevelts in eindeutiger Weise vorbereitet ist, wuchtige Schläge fallen werden.

Zu diesem Zeitpunkt aber werden auch gewisse korrele Entscheidungen politisch-diplomatischer Natur, die das Problem um Vichy, Spanien und Portugal, ferner Nordafrika (Wehland?), Syrien betreffen, den Zustand der unmittelbaren Reise zwangsläufig erreichen.

Über allen diesen Erwägungen aber erscheint der Schatten Rußlands.

Zürich, den 8. Januar 1941.

Jann v. Sprecher.

Kultur- und Zeitfragen

Die Ehrung Ghiesas.

Auf dem schicksalshaften Boden des Kapitols, im Saale des Julius Caesar, eröffnete am 26. November 1940 das Oberhaupt des, nach 2000 Jahren wieder erstandenen, römischen Imperiums die 12. Jahresitzung der italienischen Akademie. Welch ein historischer und bedeutungsschwerer Rahmen für die beiden Dichter, die an jenem Tage geehrt wurden. Die Mailänderin Uba Negri, um deren willen man die Tradition durchbrach, trat als erste Frau in die Akademie ein; der Tessiner Francesco Ghiesa erhielt den Preis Angiolo Silvio Novaro zugesprochen.

Schon im Jahre 1927 hatte F. Ghiesa mit F. Perri zusammen den Literaturpreis Mondadori erhalten; diese Ehrung war ihm für sein Buch „Billadorna“ widerfahren. Diesmal aber gilt die Anerkennung dem Gesamtwerk, der hohen kulturellen Sendung des Dichters und Lehrers Francesco Ghiesa. Der „Jurist“ Ghiesa, der an der ehrwürdigen Universität zu Pavia studierte, verehrt das Land, welches der Welt das Corpus juris civilis geschenkt hat; der „Lehrer“ Ghiesa hält seinen Namen hoch im kulturell und sprachlich verwandten Teil der Südschweiz. Der „Künstler“ Ghiesa aber liebt es seiner unvergänglichen Kunst und Schönheit wegen. — Ist es nicht ein Beweis humanistischen Geistes, daß die Tessiner den Dr. jur. F. Ghiesa zum Rektor ihres Gymnasiums beriefen, „weil er ein Dichter ist“. Dies stellt in der Tat ein großes Fähigkeitszeugnis dar: mit romanischer Intuition haben die Südschweizer jede Bürokratie abgelehnt und sich den Poeten als Leiter der klassischen Studien geholt. So konnte es geschehen,